

Presseinformation

Hannover, 27. Juni 2022

Kommunikation und
Diakoniewpolitik

Dr. Ulrike Single
Telefon: +49 511 3604 - 402
Telefax: +49 511 3604 - 44267
ulrike.single
@diakonie-nds.de

PM: Diakonie fordert Aktionsplan gegen Armut

In ihrem heute veröffentlichten Positionspapier zur Landtagswahl fordert die Diakonie in Niedersachsen die Politik auf, einen Aktionsplan gegen Armut zu entwickeln. „Die Armutsfrage ist eine zentrale Herausforderung in den kommenden Jahren. Die Politik muss gegen das Auseinanderdriften der Gesellschaft Maßnahmen entwickeln“, so Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen.

Mit 17 Prozent lag die Armutsquote 2020 auf einem bis dahin nie dagewesenen Niveau. Von Armut besonders stark betroffen sind Kinder und Jugendliche. Gut 23 Prozent der unter 18-Jährigen in Niedersachsen sind armutsgefährdet. Das sind etwa 300.000 Kinder und Jugendliche. Armutsrisiken sind dabei vielfältig und werden sich durch den Krieg in der Ukraine sowie die dadurch zu erwartenden Preissteigerungen in allen Lebensbereichen weiter verschärfen. Neben dem sozialen Status der eigenen Familie spielen die jeweiligen Bildungschancen und die Nationalität eine wesentliche Rolle.

„Wir müssen den Armutskreislauf durchbrechen und Kindern einen Lebensweg unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern ermöglichen,“ sagt Lenke weiter.

Deshalb fordert die Diakonie in Niedersachsen, dass Kinderarmut durch gezielte Bildungsangebote bekämpft werden soll. Dabei spielt gerade die frühkindliche Bildung eine große Rolle.

„Ganzheitliche Angebote wie Familienzentren, die die ganze Familie und deren Lebensumstände in den Blick nehmen, müssen ausgebaut werden. Bis jetzt unterstützen wir die Gründung von Familienzentren unter anderem über landeskirchliche Mittel. Das machen wir aus Verantwortung füreinander, aber der Staat muss hier auch in die Pflicht genommen werden“, so der Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen.

Weiter fordert die Diakonie den Ausbau der Ganztagschulen, Lernmittelfreiheit für Schüler*innen sowie die Förderung armutssensiblen Wahrnehmens.

Hans-Joachim Lenke berichtet: „In meiner Zeit als Pastor in Einbeck wurden Konfirmand*innen kurz vor den Freizeiten krank. Ich habe leider erst später erkannt, dass diese Kinder nicht krank waren, sondern sich die Familien die Freizeit nicht leisten konnten. Wir müssen als Kirche und Gesellschaft genauer hinsehen und niedrigschwellige Unterstützung ohne Stigmatisierung anbieten, damit auch Menschen mit wenig Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.“

Besonderes besorgt ist Lenke über die derzeitigen Entwicklungen im Land. Die Inflation belastet zunehmend Familien und Menschen mit wenig Einkommen, die bis jetzt nicht staatlich unterstützt wurden. Für sie stellen die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie eine große Herausforderung dar. „Die Mitte der Gesellschaft schrumpft. Immer mehr Menschen können sich ihr bisheriges Leben nicht mehr leisten“, so Hans-Joachim Lenke weiter.



Auch für diese Menschen müssten finanzielle Entlastungen von der Politik ermöglicht werden. Zudem plädiert der Diakonie-Vorstand dafür, dass ein kostenloser Zugang zur sozialen Schuldnerberatung ermöglicht wird. Auch präventive Beratungen, wie z.B. Schulden vermieden werden können, müssten durchgeführt werden. „Wir dürfen diese Menschen mit ihren Sorgen nicht allein lassen“, sagt der Vorstandssprecher.

Auch drängende Fragen zu Fachkräftemangel, Digitalisierung, Individualisierung, Teilhabe und Nachhaltigkeit müssen in Angriff genommen werden.

Die Rahmenbedingungen in den pflegerischen, sozialen und pädagogischen Berufen müssen sich ändern. Lenke hofft, dass Migration als Chance für Niedersachsen erkannt wird und die Anerkennung von internationalen Abschlüssen vereinfacht und beschleunigt wird.

„Wir können es uns nicht mehr leisten, eine fachlich qualifizierte Pflegekraft aus dem Ausland hier als Reinigungskraft arbeiten zu lassen, weil der Abschluss nicht anerkannt wird und der Weg zu nachträglicher Anerkennung und Qualifikation einfach zu mühsam ist. Da muss es pragmatische und innovative Lösungen geben“, fordert Lenke.

Auch beim Thema Digitalisierung sieht Lenke Nachholbedarf: „Wir brauchen verstärkte Unterstützung für die Digitalisierung der Sozialwirtschaft. Die Finanzierung muss auf sichere und solide Beine gestellt werden. In Zeiten von Fakenews und fehlender Aufklärung müssen wir unsere diakonischen Angebote in den digitalen Raum ausweiten, um dort mit qualitativ hochwertiger Information Desinformation die Stirn bieten zu können. Aufklärung und fundierte Hilfsangebote im digitalen Raum sind wesentlich für die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft. Dort wollen wir Verantwortung übernehmen.“

Die Diakonie steht Gesprächspartnern der Politik bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben des Sozialen zur Verfügung. Aus Verantwortung füreinander ist man bereit, sich konstruktiv an der Weiterentwicklung der Gesellschaft zu beteiligen.